

**Bundessachkonferenz Grundbildung  
05.-06.03.2015 in Frankfurt am Main**

**„Auf den Punkt gebracht“ – Veranstaltungsfazit**

Es tut sich was in der Alphabetisierung. Auf Bundesebene und auf Länderebene, in der Weiterbildung, in den Volkshochschulen, in vielen Organisationen, die sich um die soziale und berufliche Integration von Menschen kümmern. Klar ist: Niemand darf verloren gehen, das ist ethisch klar und das ist auch gesellschaftlich und wirtschaftlich Konsens.

Mein Eindruck: Es hat sich tatsächlich was getan. Endlich ist die Alphabetisierung heraus aus einem jahrzehntelangen Nischendasein. Es wird nicht mehr geleugnet, dass es funktionalen Analphabetismus in Deutschland gibt, und auch die Frage „Wie kann es denn sein, dass Erwachsene nicht lesen und schreiben können?“ wird kaum mehr gestellt.

Die Alphabetisierung gewinnt an Stellenwert, gesellschaftspolitisch und bildungspolitisch. Für Viele von uns war das lange Zeit unvorstellbar. Wir haben so lange gepredigt, wie wichtig es ist, das Erwachsene Lesen und Schreiben nachholen können müssen, dass wir uns nun erstaunt die Augen reiben und erst einmal realisieren müssen, dass dieser Schritt der Überzeugungsarbeit geleistet ist.

Diese erste Bundessachkonferenz hat – hoffentlich – zeigen können, was schon geleistet worden ist, welche Ergebnisse, welche Konzepte und welche Produkte vorliegen und nur darauf warten, in die Praxis, in die Kurse getragen zu werden.

Sie hat sicher auch zeigt, dass einige Fragen und Aufgaben wahre Dauerbrenner sind. Dazu gehört ganz sicher die Frage der Teilnehmergebung. Das war und ist eine „harte Nuss“.

Je mehr Sensibilität es allerdings für das Problem des funktionalen Analphabetismus gibt, desto mehr wächst die Hoffnung, dass das Nachholen von Qualifikationen und auch Grundkompetenzen selbstverständlicher wird.

Deutlich ist zudem, dass es nicht mehr nur um Lesen- und Schreibenlernen gehen kann. Es gilt, das enge Verständnis von Alphabetisierung aufzubrechen. Viel mehr Grundkompetenzen sind erforderlich, für eine aktive Teilhabe an und Mitwirkung in gesellschaftlichen Prozessen. Deshalb müssen wir unser Verständnis öffnen und unser Angebot breiter aufstellen, ohne die Alphabetisierung zu vernachlässigen oder zu verdrängen und ohne, die besonderen Bedürfnisse und Erfordernisse von bildungsfernen Zielgruppen aus den Augen zu verlieren.

In die Zukunft geblickt, frage ich mich manchmal. Was wäre wenn?

Was wäre, wenn es eine Nationale Dekade für Alphabetisierung und Grundbildung gäbe, mit ausreichenden Fördermitteln vom Bund, von den Ländern und Kommunen, jede Menge geförderter

Maßnahmen der Arbeitsverwaltung und wenn alle Bemühungen der Sensibilisierung der Bevölkerung und Motivierung Bildungsbenachteiligter Früchte tragen würden, so dass viele Tausende in die Kurse und Maßnahmen strömen würden.

Das wäre eine traumhafte Vorstellung, ja, ein Traum. Aber was wäre, wenn dieser Traum Realität würde? Ich will keine Alpträume heraufbeschwören, aber so mancher Dornröschenschlaf könnte unruhig werden.

Denn noch längst nicht alle Weiterbildungseinrichtungen und Volkshochschulen haben sich auf den Weg gemacht. Längst nicht alle bekennen sich klar dazu, dass sie als öffentlich geförderte Einrichtungen den Auftrag und die Verpflichtung haben, sich um Bildungsbenachteiligte zu kümmern.

„Niemand darf aufgrund sozialer oder ethnischer, aufgrund früheren Scheiterns oder wegen einer Behinderung vom Lebenslangen Lernen ausgeschlossen sein. Dieser Grundsatz ist nicht nur Bestandteil des traditionellen Selbstverständnisses der Volkshochschulen, er ist längst auch entscheidender Grundsatz für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft geworden.“ So das Credo aus unserem blauen Buch.

Wenn wir weiterhin diejenigen sein wollen, die getreu diesem Selbstverständnis Weiterbildung anbieten, dann muss darin die Grundbildung eine wichtiger werdende Rolle spielen.

Wenn wir wollen, dass auch zukünftig Volkshochschulen als diejenigen identifiziert werden, die den Menschen zweite und dritte Chancen geben, dann müssen wir Grundbildung auf unsere Prioritätenliste setzen und dann müssen viel mehr Volkshochschulen als bislang sich in der Grundbildung engagieren.

Aber wir können das auch nicht allein. Öffentliche Verantwortung heißt zwar nicht staatliche Verantwortung, dass der Staat allein sich kümmern muss, aber es zumindest das Gegenteil davon, dass die Verantwortung für Weiterbildung mehr und mehr in die Hände des Einzelnen gelegt wird.

Grundbildungsarbeit ist personalintensiv und verlangt nach einem Mehraufwand, z.B. für kleine Lerngruppen, für Lernberatung, für zielgruppengerechte Öffentlichkeitsarbeit, für neue Lernzugänge, innovative Methoden und mediendidaktische Unterstützungen der Lernenden, und und und.

Bildungsbenachteiligte brauchen und verdienen solche Arbeit. Nur eine dauerhaft gesicherte und ausreichende Förderung verspricht Erfolg im Kampf gegen Bildungsungerechtigkeit.

Alle gesellschaftlichen Partner müssen hier an einem Strang ziehen.

Die Volkshochschulen allein werden das nicht schaffen. Sie brauchen Partner und Verbündete. Und dabei geht es nicht um eine oberflächliche Vernetzung oder um die Frage einer Kooperation auf Augenhöhe, in der die Claims aber abgesteckt bleiben.

Es geht vielmehr um eine Wertegemeinschaft, um die standfeste Haltung, gemeinsam einen öffentlichen gemeinschafts- und gemeinsintragenden Auftrag zu erfüllen. Diese Haltung, dieses Gemeinschaftsanliegen der Zukunft spiegelt die öffentliche Verantwortung und verdient öffentliche Förderung.

Gut, dass diese Wertegemeinschaft wächst!

In diesem Sinne danke ich Ihnen allen für den konstruktiven fachlichen Austausch und für Ihr klares Bekenntnis zu einer öffentlich verantworteten Grundbildung.

Vielen Dank!